



Horrorstorys und Erfolge

Interview zur geplanten Enteignung Berliner Immobilienkonzerne

In: **express** 03-04/2021

Die Kampagne »Deutsche Wohnen & Co. enteignen!« will den Berliner Senat per Volksentscheid dazu bringen, ein Gesetz zur Enteignung aller Immobilienkonzerne zu erlassen, die 3.000 Wohnungen oder mehr besitzen. Nachdem 2019 bereits eine erste Hürde genommen und das Anliegen der Initiative danach seitens des Senats akribisch geprüft wurde, sind in der zweiten Phase nun die Unterschriften von mindestens sieben Prozent der zum Berliner Abgeordnetenhaus wahlberechtigten Bevölkerung nötig – etwas mehr als 170.000 Personen. Die Frist dafür beträgt vier Monate und endet voraussichtlich am 26. Juni 2021. Danach würde es dann zum Volksentscheid kommen und Berlin würde an der Urne darüber entscheiden, ob es das Enteignungsgesetz geben soll. **Nina Scholz*** erläutert im Interview, wie die Aktivist:innen das schaffen wollen.

Stefan Schoppengerd: Ihr habt nun bereits eine erste Unterschriftensammlung hinter Euch, in der Ihr 20.000 Unterstützer:innen gewinnen musstet; der Senat hat sich danach Zeit gelassen, Euer Vorhaben juristisch zu prüfen, jetzt geht es in die nächste Sammelphase. Dass Ihr an diesen Punkt gekommen seid, spricht nicht nur dafür, dass die Eskalation der Mietpreise in Berlin viele Leute wütend macht, sondern auch für ein durchdachtes Vorgehen in der Entwicklung Eurer Initiative. Wie seid Ihr vorgegangen, welche Organisations-Methoden habt Ihr angewendet?

Nina Scholz: Wir mussten in der ersten Phase des Volksbegehrens 20.000 Unterschriften vorweisen, haben aber 77.000 gesammelt! Das hat uns – neben anderen Indikatoren – ganz gut gezeigt, wie die Stimmung in der Stadt ist und dass wir uns nicht mit einem Randproblem befassen.

Organisation und Kampagne haben verschiedene Phasen durchlaufen. Schon bevor es unsere Kampagne gab, haben sich die Mieter:innen in Berlin organisiert. Kotti & Co aus Kreuzberg kämpften im ehemaligen Sozialen Wohnungsbau schon seit Jahren auch gegen die Deutsche Wohnen, an die die ehemals städtischen Wohnungen verhökert worden waren. Die haben auch schon früh das Enteignungsthema ins Spiel gebracht, damals war das aber nur eine Forderung ohne viel Rückhalt. In einem dieser Häuser habe ich gewohnt und bin so Anfang 2017 bei der berlinweiten Vernetzung der Deutsche-Wohnen-Mieter:innen gelandet. Wir haben zum Beispiel im Mai 2017 alle gemeinsam vor der Zentrale der Deutsche Wohnen demonstriert.

Als wir den Mieter:innen dort allerdings vorgeschlagen haben, den Volksentscheid zu machen, stieß das erstmal auf Ablehnung. Wir haben dann die Verabredung getroffen, dass wir bei jedem Treffen etwa zehn Minuten berichten und irgendwann haben fast alle eingesehen, dass nach jedem Sieg gegen die Deutsche Wohnen ein neuer Kampf kommt,

wenn wir diese Unternehmen nicht enteignen. Das hatte aber auch damit zu tun, dass wir schon länger zusammen organisiert waren, dass man sich kannte.

Zur Vernetzung der Deutsche-Wohnen-Mieter:innen kamen immer wieder Mieter:innen mit den gleichen Problemen – Betriebskostenerhöhungen und energetische Modernisierung –, für die aber auf den monatlichen Treffen zu wenig Zeit war, und so wurde die Idee zur Gründung der AG Starthilfe geboren. Wir wollen Mieter:innen dabei helfen, sich zu organisieren, und das Wissen aus den vergangenen Kämpfen praktisch weitergeben. In dieser AG bin ich heute noch innerhalb der Kampagne aktiv.

Die zweite Kampf-Phase, so nenne ich das jetzt mal, war eher von klassischer aktivistischer Kampagnenarbeit und weniger von Organizing geprägt. Mieter:innen waren auch weniger sichtbar und aktiv. Wir haben in der AG Starthilfe dann teilweise »doppelte« Arbeit gemacht, einmal beim Unterstützen der Mieter:innen-Kämpfe und zum anderen in der Kampagne, waren aber mehr Bindeglied, als dass die Mieter:innen nach oder während ihren Kämpfen zahlreich zur Kampagne gekommen wären. Deren konkrete Auseinandersetzungen mit der Deutsche Wohnen unterscheiden sich vom eher abstrakten Ziel der Kampagne.

In der aktuellen Phase, der zweiten Sammel-Phase, versuchen wir, Wissen weiterzugeben und Verantwortung immer mehr zu verteilen, das ist schon näher am klassischen Organizing. Es gibt Workshops – »Wie sammel ich?« – und dann können die, die sie besucht haben, sie auch wieder vor Ort halten. Kiezteams bekommen »Starthilfe« wie vorher Mieter:innen-Inis. Gerade in den Außenbezirken haben die Kiezteams sich oft nicht von selbst gegründet, da waren wir manchmal Initiatoren. Wir sammeln auch schon Kontakte für den Wahlkampf im Herbst oder für Mieter:innen-Organisation, wenn die Kampagne vorbei ist. Außerdem fangen wir jetzt langsam an, nicht nur draußen mit Klemmbrettern bei denen Unterschriften zu sammeln, die schon überzeugt sind, sondern auch Haustürgespräche zu führen und damit zu versuchen, mehr Leute zu erreichen.

Du sprichst die Kiezteams an, in denen zahlreiche Leute die Unterschriftensammlung in Angriff nehmen: Wie gelingt es trotz Pandemie und Abstandsregeln, so viele neue Leute in die Arbeit einzubinden, obwohl Arbeitstreffen kaum möglich sind und Kontakte im öffentlichen Raum zumindest sehr schwer?

Ich war auch skeptisch, habe aber das Gefühl, dass Corona uns da sogar geholfen hat: Viele hatten in den Wintermonaten nichts zu tun und waren im Winter von zu Hause und online eher bereit, sich regelmäßig zu treffen. Dadurch haben wir aber auch viele ältere Mieter:innen verloren. Manche haben nicht mal Internet, da sind Zoom-Treffen natürlich nicht möglich. Am ersten Sammelwochenende war supergutes Wetter und ich glaube, alle haben sich gefreut, draußen zu sein, die Sammler:innen, aber auch viele Unterschreibende, das war toll zu sehen und hat nach den Monaten der Isolation einfach richtig gut getan. Wir haben aber auch ein Hygienekonzept entwickelt, Stifte werden desinfiziert und nur einmal benutzt, wir tragen Masken. Mittlerweile sind wir knapp 2.000 Aktive, natürlich mit verschiedenen Aktivitätsleveln.

Ende Februar haben die Berliner Gliederungen von IG Metall und ver.di ihre Unterstützung der Kampagne erklärt. Wie macht sich diese Unterstützung konkret bemerkbar?

Wir waren zum Beispiel beim Warnstreik bei Daimler in Berlin-Marienfelde zum Sammeln. Und ich kann mir vorstellen, dass es noch weitere gemeinsame Aktionen gibt, wir sind ja erst am Anfang. Es ergibt einfach Sinn, die Themen zu verbinden, denn selbst wenn irgendwo Löhne steigen sollten, geht trotzdem immer mehr für die Miete drauf – oder man wird aus dem eigenen Kiez verdrängt. Wir sprechen in den Kiezteams ja auch Bündnispartner:innen vor Ort an. Da haben die Kooperationen auf Berlin-Ebene geholfen und Türen geöffnet, die vorher eher verschlossen waren, wo uns manchmal auch Skepsis begegnet ist. Ich habe aber auch das Gefühl, dass diese Unterstützung unseren Anliegen mehr Nachdruck verleiht, darauf können wir aufbauen – und mal sehen, was noch geht!

Seit Ihr das erste Mal an die Öffentlichkeit gegangen seid, gibt es in der Presselandschaft mehr oder minder aufgeregte Debatten über die Frage, ob Enteignungen sich eigentlich mit Demokratie vertragen und ob die »angemessene Entschädigung«, die das Grundgesetz vorsieht, nicht das Land Berlin in den Ruin treiben wird. Begegnet Euch das in dieser Form auch auf der Straße? Was für einen Eindruck habt Ihr davon, aus welchen Gründen manche Leute die Initiative nicht unterstützen?

Das begegnet uns draußen weitaus seltener als in der Presse. Vielleicht auch, weil in Berlin 85 Prozent zur Miete wohnen – also jemand, der eigentlich CDU wählt, trotzdem ein Interesse daran hat, bei uns ein Kreuz zu machen – und weil das bei Journalist:innen vielleicht anders gewichtet ist. Ich habe natürlich nur einen subjektiven Eindruck, aber gerade in den Außenbezirken Berlins, wo weniger Aktivist:innen wohnen und der Mietendruck noch nicht ganz so hoch ist, ist die Kampagne noch nicht so bekannt. In Reinickendorf und Marzahn sammeln wir nicht so einfach Unterschriften wie in Neukölln, Kreuzberg oder Wedding. Bei manchen sind es ideologische Gründe, warum sie nicht unterschreiben, oder weil sie selber Vermieter sind. Ich habe aber das Gefühl, die meisten, mit denen wir zumindest ins Gespräch kommen, finden einen Grund zu unterschreiben: wenn sie selber kein Problem mit Deutsche Wohnen, Vonovia oder einem der anderen Vermieter haben, dann ihre Tochter, ihre Mutter, ihr Kollege. Fast jede:r hat eine Horrorstory parat! Aber dort müssen wir schon Überzeugungsarbeit leisten.

Neben Eurer Kampagne sorgt Berlin bundesweit auch mit dem »Mietendeckel« für Aufmerksamkeit. War dessen Einführung ein Manöver der rot-rot-grünen Regierung, um Euch den Wind aus den Segeln zu nehmen? Wie beurteilt Ihr die Wirksamkeit des Mietendeckels?

Das kann gut sein, dass das die Absicht war. Ich würde es aber andersherum denken: Sie mussten den Mietendeckel einführen, weil die Mieter:innen-Bewegung in Berlin so stark war! Das ist ein toller Erfolg, dem weitere folgen werden und sollten. Und er hat gezeigt, dass der Senat sehr wohl regulierend eingreifen kann! Das ist doch schön zu sehen. Der Mietendeckel ist aber nur eine kurzfristige Lösung, eine Atempause, für lediglich eines der Probleme auf dem Wohnungsmarkt, schon der soziale Wohnungsbau ist davon ausgenommen. Der Mietendeckel ist auch nur auf fünf Jahre begrenzt, schützt nicht davor, dass das Haus verkauft, Eigenbedarf angemeldet oder die Mietwohnung in Eigentum umgewandelt wird. Die Mieter:innen dürfen trotzdem nicht in ihren Häusern mitbestimmen. Das alles können langfristig nur Enteignung und Vergesellschaftung ändern!

Die Partei Die Linke Berlin unterstützt die Kampagne, die anderen Regierungsparteien nicht. Welche Reaktion des Senats erwartet Ihr, wenn die Unterschriftensammlung erwartungsgemäß erfolgreich verläuft?

Ich gehe davon aus, dass uns noch viele Kämpfe bevorstehen. All das, was wir jetzt schon machen, mit den Menschen reden, sie überzeugen, ihnen zuhören, an ihren Türen klingeln, ihre Kontakte sammeln, wird uns dafür wappnen und die Mieter:innen in Berlin noch näher zusammenbringen. Ausschlaggebend wird auch nach erfolgreichem Volksentscheid sein, dass die organisierten Mieter:innen dann Druck machen, damit der Senat den Beschlussvolksentscheid auch wirklich umsetzt. Wir werden einen langen Atem brauchen. Mir machen die ganzen Menschen, die jetzt sammeln und unterschreiben, die ganzen Gespräche aber Hoffnung. Die Berliner Mieter:innen werden ja auch immer kampferfahrener, weil viele schon mal gegen einen Vermieter kämpfen mussten.

* Nina Scholz schreibt als Journalistin über Tech-Unternehmen und Arbeitskämpfe und ist in der AG Starthilfe von Deutsche Wohnen & Co enteignen aktiv.

express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:

AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12